

Protokollauszug

aus der
56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 15.01.2009

öffentlich

Top 4 Vorstellung des Projektes "Kompetenzagentur Landeshauptstadt Potsdam" zur Kenntnis genommen

Frau Portev informiert darüber, dass das Projekt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Mitteln des Europäischen Sozialfonds, der Agentur für Arbeit und der PAGA gefördert wird.

Die Arbeit der Kompetenzagentur basiert im Wesentlichen auf dem SGB II (Grundsicherung), dem SGB III (Arbeitsförderung) und dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Sie macht deutlich, dass die zentrale Funktion der Kompetenzagentur die Beratungs-, Vermittlungs- und Lotsenfunktion zwischen den zuständigen Institutionen zur passgenauen beruflichen und sozialen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher mit multiplen Vermittlungshemmnissen und Kompetenzfeststellung mittels Case Management ist.

Seit Juli 2007 wurden 149 Jugendliche betreut und begleitet.

Frau Portev macht darauf aufmerksam, dass das Programm der Kompetenzagenturen durch das MFSFJ und durch Mitteln des ESF in Höhe von 65% der Gesamtkosten bis 2013 abgesichert ist und sich danach jede Kompetenzagentur durch kommunale Mittel selber tragen sollte. Sie bittet um einen weiteren Termin im Jugendhilfeausschuss, um dann ggf. über Fördermöglichkeiten zu beraten.

Frau Ehrlich ergänzt, dass die Kompetenzagentur keine Parallelstruktur aufbaut, sondern sich in das bestehende Unterstützungssystem eingliedert und dieses optimal nutzt. Ein enger Kooperationspartner der Kompetenzagentur ist die PAGA.

Frau Basekow fragt, ob dies ein Modellprojekt ist.

Frau Portev erklärt, dass dies kein Modellprojekt ist. Das Projekt wird bereits umgesetzt.

Frau Basekow fragt, ob die Jugendlichen über die PAGA an die Kompetenzagentur vermittelt werden.

Frau Portev erklärt, dass die Mitarbeiter der Kompetenzagentur u.a. an die Treffpunkte der Jugendlichen gehen, aber auch Vermittlung durch Träger erfolgt.

Frau Basekow nimmt Bezug auf die benötigte kommunale Förderung in Höhe von 15 % und fragt, um welche Summe es sich handeln würde.

Frau Ehrlich legt dar, dass es sich nach derzeitigen Betreuungszahlen der Jugendlichen um ca. 20.000 Euro pro Jahr handelt.

Frau Krüger fragt, ob die Jugendlichen in ihre bisherige Schule integriert werden.

Frau Portev erklärt, dass ein Schüler in eine andere Schule integriert wurde, die anderen in ihre bisherige Schule.

Frau Schulze fragt, ob eine Nachbetreuung der Jugendlichen erfolgt.

Frau Portev bejaht dies.

Frau E. Müller fragt, wie die unterstützende Tätigkeit parallel zu Streetworkern erfolgt.

Frau Potev erklärt, dass z.B. das Sortieren von Akten oder auch das Schreiben von Bewerbungen oder auch Vorbereitung von Terminen bei der Schuldnerberatung zu diesen Tätigkeiten gehört.

Es erfolgt auch eine Zusammenarbeit mit der Wohnungssicherung des Bereiches Wohnen der Stadtverwaltung.